

# Laibacher Zeitung.

Nr. 52.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus ganzj. 50 kr., halbj. 25 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Dienstag, 3. März

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl., sonst pr. Zeile 1m. 60 kr., 2m. 80 kr., 3m. 1 fl. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1868.

## Amthlicher Theil.

Der Justizminister hat die beim Krakauer Landesgerichte erledigte Staatsanwaltschafts Stelle dem Rzeszower Staatsanwalt Johann Redzierski verliehen.

Der Justizminister hat den Vorschower Bezirksrichter Gustav Schenk und den Samborer Staatsanwalts-Substituten Ferdinand Switalski zu Kreisgerichtsräthen in Sambor und den Przemysler Rathsecretär Dr. Wenzel Kratochwil zum Kreisgerichtsrathe in Przemysl ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 2. März.

Die preussischen Blätter bemühen sich nachzuweisen, daß die Ernennung des preussischen Generalleutenants v. Beyer zum badischen Kriegsminister durchaus nichts Überraschendes habe. Es ist bekannt — sagt die „Nordd. Allg. Ztg.“ in einem längeren officiösen Artikel, daß die Organisation der badischen Armee nach dem preussischen System in Angriff genommen ist. Daraus folgt von selbst, daß zur Durchführung dieser Aufgabe und zur Leitung der dazu notwendigen Einrichtungen ein großherzoglich badischer Officier, wie sehr er auch in allen anderen militärischen Eigenschaften dem General v. Beyer ebenbürtig ist, nicht dieselbe Erfahrung wie dieser besitzen kann, welcher wohl 12 Jahre im preussischen Kriegsministerium eine hohe Stellung bekleidete und in dieser Weise seiner außerordentlichen Befähigung für die militärische Verwaltung gegeben hat. Diejenigen, welche diese Wahl bemängeln, geben damit ihre Abneigung gegen jede Kräftigung und Befestigung der deutschen Wehrkraft zu erkennen. Ihnen wäre es am angenehmsten, an der Spitze des badischen Kriegsministeriums eine weniger befähigte Persönlichkeit oder doch einen den deutschen Interessen und der einheitlichen Organisation des deutschen Kriegswesens möglichst abgeneigten Mann zu erblicken. Deutschland kann sich Glück wünschen, daß weder Se. k. Hoheit der Großherzog, noch seine Regierung die Absicht kundgegeben haben, die Regierung des Landes nach den Wünschen dieser politischen Richtung zu führen.

Der sogenannte hannoverschen Legion widmet das „Journal de Débats“ einen längeren Artikel. Man habe dem Gegenstand und auch den Vorgängen bei der Feier der silbernen Hochzeit des Königs eine viel zu große Bedeutung beigelegt. Was namentlich Oesterreich anbelange, so gebe sein Rothbuch den unwiderleglichsten Beweis, daß ihm nichts ferner, als ein Gedanke an Friedensstörung. Oesterreich wolle vielmehr mit der ihm innewohnenden unverwundlichen Lebenskraft sich sammeln und reorganisiren. Hierzu bedürfte es des Friedens, dessen Erhaltung es sicherlich nicht leichtsinnig gefährden werde: „Frankreich und England — fährt das Blatt fort — eben so wenig. . . Selbst, wenn die Königin Victoria gleichzeitig auch über Hannover geherrscht hätte, würde England sicherlich keinen Krieg geführt haben, um eine Union aufrecht zu erhalten, die ihm eben so sehr widerstrebe, als hinderlich war, und es stets in die continentalen Angelegenheiten zu verwickeln drohte, von denen es sich, so weit es angeht, losmachen will. Was Frankreich betrifft, so sehen wir gar nicht ein, welches besonderes Interesse es hier zu verfechten hätte. . . Wenn es sich noch darum handelte, ein Königreich Westphalen oder neue französische Departements, wie unter dem ersten Kaiserreich, zu schaffen, so könnte man ein solches Interesse noch begreifen. Allein da hievon keine Rede ist, so sehen wir gar nicht, warum wir auch nur einen Fuß für einen englischen Prinzen rühren sollen, der vielleicht der reichste Fürst von Europa ist und ganz ruhig seinen Sitz im Hause der Lords wieder einnehmen kann.“

Der neue englische Premier Disraeli hat allen Grund, mit der Aufnahme zufrieden zu sein, die seine Ernennung bei den Blättern aller Farben findet. Daß die conservativen Journale „Herald“, „Standard“ und „Globe“ seine Ernennung als das glücklichste Ereigniß feiern, das ihrer Partei und dem Lande nach dem nothgedrungenen Rücktritte Lord Derby's hätte beschert werden können, versteht sich von selbst. Aber auch die gesammte Oppositionspresse findet es gerecht, billig und correct, daß der Mann, dem allein die conservative Partei ihre jetzige Stellung verdanke, die Führung der Geschäfte nominell sowohl wie factisch übernehme. Die

Tories rühmen sich auf der einen Seite, einen Führer anzuerkennen, der lediglich durch sein Talent sich zur höchsten Staatswürde emporgeschwungen habe, und die Liberalen ihrerseits gönnen es jenen von Herzen, daß sie sich, trotz ihrer alten Stammbäume und stolzen Adels-traditionen, einem Manne unterordnen müssen, der wenig mit ihnen gemein hat und sich mit Stolz zur plebejischen Literatenzunft bekennt.

Das Kriegsbudget der englischen Regierung im Jahre 1868/9 soll übrigens für Europa ein gutes Vorbild abgeben. Es wird im Marineetat eine bedeutende Reduction eintreten, obwohl die Panzerflotte vermehrt werden wird.

Die „Gazz. di Venezia“ bespricht in einem längeren Artikel die panslavistischen Bestrebungen im Zusammenhang mit der orientalischen Frage. Darauf hingewiesen, daß Serbien vielfach als slavisches Piemont hingestellt und von ihm gesagt werde, es sei zum Aggregationscentrum eines großen slavischen Zukunftsreiches anderszehen, warnt sie die Serben vor der weiteren Verfolgung derartiger utopischer Ideen, die leicht einen riesigen für die wahren Interessen der Civilisation höchst verderblichen Kampf heraufbeschwören könnten.

## 6. Sitzung der Delegation des Reichsrathes

am 28. Februar.

(Schluß.)

Delegirter Skene (gegen) entwickelt zunächst die Bedeutung und die Wichtigkeit einer größeren stehenden Armee für Oesterreich im Hinblick auf die äußere Lage, und betont sodann die Nothwendigkeit der Armee-Einheit.

„Ich freue mich — sagt er — auszusprechen zu dürfen, daß die Armee sich ihrer großen Aufgabe bewußt ist, und ich für meine Person stehe gar nicht an zu sagen, daß ich den ablehnenden Worten eines tapferen Generals gegen diese zersetzenden Bestrebungen durchaus meine Anerkennung zolle; ich bin der Ansicht, daß ein ehrlicher österreichischer Soldat gar nicht anders denken kann, und wie der Mann denkt, so soll er auch sprechen.“

Er stimmt mit dem Vorredner darin überein, daß das Budget sehr mangelhaft und eigentlich nie in Wahrheit zur Ausführung gekommen sei. Man dränge die Regierung zu einem ähnlichen Vorgehen, wenn man gegenwärtig einen so bedeutenden Abstrich, wie er beantragt sei, annehmen wolle, während es doch offen vorliege, daß diese Ersparniß mit Rücksicht auf die nachgewiesene Erhöhung der Marktpreise u. s. w. nicht durchführbar sei. Man müsse nur das richtig gestellte Erforderniß votiren und keine Ziffer annehmen, welche man im voraus als unrichtig anerkennen muß.

Nachdem nun zwei Monate des Verwaltungsjahres bereits vergangen seien, sei es nicht möglich, abzusehen, wie der Kriegsminister in den restirenden zehn Monaten noch den vom Ausschusse verlangten Abstrich von 3,200,000 Gulden durchführen soll.

Abstriche im Armeestande muß Redner für ganz unstatthaft erachten und sogar die bereits in Aussicht genommenen lebhaft bedauern. Namentlich unzulässig erscheint ihm eine durchgreifende Reduction des Standes der Cavalerie.

Auch die beabsichtigte Aufhebung der Musikbänder bei den Jägern und der Cavalerie bedauert Redner, die hiedurch herbeigeführte Ersparniß beträgt höchstens 50,000 fl., dabei entbehre man auf der anderen Seite eines höchst nothwendigen Anregungsmittels für den Soldaten. Er selbst habe es erlebt, wie sich der Soldat an der Musik freute.

Skene stellt den Antrag: „Die Hauptsumme des Erfordernisses von 79,490,000 fl. auf 84,190,000 fl. zu erhöhen.“

Der Antrag ist nicht hinreichend unterstützt. Für denselben erheben sich der Antragsteller, Fürst Colloredo und Graf Mensdorff.

Delegirter Dr. Rechbauer (gegen) ist der entschiedensten Ueberzeugung, daß bedeutende Ersparungen möglich sind, und daß man mit der Summe von 63 Millionen den Aufwand für die Landarmee bestreiten kann. Redner weist zum Nachweise dieser Behauptungen auf die zahlreichen Ersparungen hin, die ermöglicht werden können.

Er stellt den Antrag: „Die hohe Delegation wolle beschließen: Es sei für das Erforderniß der Landarmee als Ordinarium für das Jahr 1868 ein Staatszuschuß von 36 Millionen zu bewilligen.“

(Der Antrag wird unterstützt.)

Delegirter Dr. Groß (Wels) (gegen) unterstützt den Antrag Rechbauer und spricht seine Ansicht dahin aus, daß, wenn man wolle, man auch mit diesem geringen Betrage das Auslangen werde finden können. Man dürfe nur so viel bewilligen, als das Volk aufbringen kann.

Nach einer Bekämpfung der vom Delegirten Skene ausgesprochenen Ansichten erklärt Redner mit den Bemerkungen der Delegirten Rechbauer und Dr. Figuly einverstanden zu sein, und weist schließlich darauf hin, daß die gegenwärtige Art der Kriegführung die noch von seinem Redner angedeutete Auflösung der schweren Cavalerie ermöglichen könne. Deren Dienst bestche vorzüglich darin, um zu recognosciren oder um den Feind zu verfolgen, wenn er einmal geschlagen wird. (Heiterkeit.) Keinesfalls hat sie mehr den Werth, den sie früher hatte, und ist deren Auflösung ohne Gefährdung der Schlagfertigkeit der Armee ganz leicht möglich.

Delegirter Schindler rechtfertigt das Verhalten jener Mitglieder der Versammlung, welche entgegen den gestellten auf eine Herabminderung des Kriegsbudgets gerichteten Anträgen beim Ausschufsantrag verharren.

Die Schwere unseres Votums fiel in die mit 1 bezeichnete Resolution, wo wir es für eine unabwendbare Nothwendigkeit erkannten, daß eine den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechende Reorganisation der Armee und der Verwaltung vor Vorlage des nächsten Budgets in unsere Hände gelegt werde. Dr. Rechbauer meint zwar, eine solche Hoffnung genüge nicht, da man uns lange genug mit Hoffnungen gespeist. Ich glaube aber, daß wir jetzt denn doch mit anderen Blicken in die Zukunft sehen können, als dies bisher der Fall war. Die Männer von heute haben uns noch nicht enttäuscht, sie sind das erste parlamentarische Ministerium in Oesterreich, und deshalb kann ich die Besorgnisse des Dr. Rechbauer nicht theilen.

Freilich hat man mir und meinen Freunden im Ausschusse gesagt: „Du, der Du immer in der Opposition warst — wie kommt es, daß Du die Front jetzt veränderst?“ — Meine Herren! In der Politik habe ich die Ueberzeugung, daß man nur ein festes Ziel anstreben muß, und wenn man den Punkt erreicht hat, soll man den Boden pflügen und bebauen; dasjenige aber immer zu bekämpfen, was man als preiswürdig längst erkannt, würde schließlich dahin führen, daß man endlich gezwungen wäre, gegen sich selbst Opposition zu machen. Dies war die Ursache, warum ich diesmal für die „a bloc“-Annahme stimmte und mit dieser Resolution einen Wechsel auf die Zukunft ziehen wollte. Nichts ist leichter, als daß in einem Staate, wo die Intelligenz so lange in der Opposition zu kämpfen gezwungen war, später das conservative Element, das für die nun festbestehende Grundlage des Staates eintritt, schieß beurt heilt wird.

Delegirter Frh. v. Pratobevera rechtfertigt das Verhalten jener Mitglieder der Versammlung, die dem Ausschufsantrage beistimmen, und beruft sich auf die Autorität Giskra's.

Delegirter Dr. v. Figuly erklärt, daß er seinen Antrag nicht mehr einbringen werde, sondern sich der Ansicht des Dr. Rechbauer in dieser Beziehung anschließe. Ich gehöre nicht zu denjenigen, bemerkt Redner weiter, die Opposition quand même machen.

Delegirter v. a. b. E. Straß beantragt Schluß der Debatte und der Sitzung.

Reichskriegsminister Frh. v. Ruhn: Was die Vorwürfe anbelangt, welche die Armeeadministration getroffen haben, so will ich mich darüber nicht auslassen; es gehört dies der Vergangenheit an.

Was aber jene Angriffe anbelangt, die mich treffen, weil die beanstandeten Reductionen unter mir ins Leben getreten sind, nämlich die Reductionen der Cavalerie, der Artillerie, die Auflösung der Musikbänder, die Ersparungen bei den Genietruppen und Pionnieren, so will ich mich darüber in einigen Worten erklären.

Diese Frage wurde einer Generalcommission, in welcher die ausgezeichnetsten Cavaleriegenerale der Armee saßen, vorgelegt.

Nicht einseitig oder von mir allein wurde dieser Beschluß, sondern erst nach reiflicher Erwägung von Seiten sämtlicher Generale und namentlich der Generale der Cavalerie gefaßt.

Als ich das Kriegsministerium übernahm, hatte ich die Aufgabe, zu sparen, denn es mußten 3½ Millionen eingebracht werden. Es mußten daher in jeder Beziehung nicht bloß in der Administration, sondern, wo es überhaupt möglich war, Ersparungen gemacht werden.



Es trat nun die Frage an uns heran, wo? — Im Stände der Truppen? Bei der Infanterie, bei den Jägern erklärte man es für absolut unmöglich. Eine Reducirung der Infanterie und Jäger würde die Präsenzzeit, die sich ohnehin kaum auf  $1\frac{1}{2}$  Jahre beläuft, so weit herabsetzen, daß wir keine ordentlich exercierten Truppen, sondern reine Milizen hätten. Ich widerlegte mich daher der Herabsetzung der Compagnie unter den Stand von 70 Mann, jedoch erklärten die Generale insgesamt, daß Reducirungen bei der Cavalerie möglich wären.

Das, was die Regierung jetzt angeordnet hat und was von Sr. Majestät sanctionirt worden ist, die Reducirung der Cavalerie von 120 auf 98 Pferde per Schwadron, ist also das Resultat der reiflichen Erwägung sämtlicher Generale, welche von Sr. Majestät in die Commission berufen worden waren. Die Commission hat erklärt, daß diese Reducirung nicht bloß Ersparungen, sondern im Falle eines Krieges auch bedeutende Erhöhung der Cavalerie ermöglicht. Wir sind vor einigen Jahren auf den Stand von 29.000 Mann Cavalerie heruntergegangen; jeder Kriegskundige hat eingesehen, daß diese Reducirung zu groß war. Bei uns war dadurch das Verhältniß der Cavalerie zur Infanterie auf 1 zu 17 gestellt; in allen übrigen Armeen besteht das Verhältniß von 1 zu 6, höchstens von 1 zu 9, und auch die gewiegtesten Taktiker haben diesen Coefficienten angenommen, nur wir sind zu dem Verhältniß 1 zu 17 geschritten. Durch die gegenwärtige Organisation der Cavalerie wird dieselbe im Falle eines Krieges auf den Stand von 37.000 Mann gebracht, wir sind daher im Stande, den Ausfall vollkommen zu decken.

Was der verehrte Herr Del. Skene bemerkte, daß dann die Cavalerie nicht im Stande wäre, das zu leisten, was sie gegenwärtig leistet, so muß ich das durchaus in Abrede stellen. Die Commission, von welcher ich gesprochen habe, hat nachgewiesen und erklärt, daß man im Stande ist, in 8 Wochen die Remonten derart zu dressiren, daß man nach 7 bis 8 Wochen mit der Escadron den Regimentern, die bei der activen Armee stehen, nachfolgen kann.

Nachdem nun ein Krieg doch nicht plötzlich ausbricht, nicht zugleich declarirt und begonnen wird — wir haben im Jahre 1866 den Beweis hievon, indem am 1. April die Armee auf den Kriegsfuß gesetzt wurde und erst im Juni ihre Operationen begonnen hat — so ist man immer noch im Stande, diejenigen Schwadronen, welche dann, wenn die Armee auf den Kriegsfuß gesetzt wird, aufgestellt werden, zur rechten Zeit den Regimentern nachfolgen zu lassen. In sieben bis acht Wochen werden auch diese Schwadronen complet bei ihren Regimentern stehen.

Was die Auflösung der Musikbänden anbelangt, so war ja dies ein allgemein verbreiteter Wunsch. Ich habe keine Zeitung gelesen, in der nicht von der Auflösung derselben die Rede gewesen wäre. Ich habe mich dagegen ausgesprochen, daß die Musikbänder bei der Infanterie aufzulösen seien, weil die Bänder überhaupt ein Culturmittel sind.

Dieses erwägend, habe ich darauf gedrungen, daß sie bei der Infanterie und insbesondere auch bei den Grenzern bleiben, namentlich bei den Letzteren erschien mir die Beibehaltung dieses Culturmittels höchst wünschenswerth.

Was die Musikbänder bei den Jägern anbelangt, so wird Jeder, der die Verhältnisse kennt, zugeben, daß sie den Herren Officieren viel zu viel Geld kosten, denn es sind bei den Jägerbataillonen der Officiere zu wenig, um eine gut geübte Musik erhalten zu können. Also schon aus Ersparungsgründen für die Herren Officiere, und weil die Bänder das nicht leisten können, was man von ihnen fordern soll, wurden sie aufgelöst.

Was die Reducirung der Genietruppen anbelangt, so ging man hiebei davon aus, daß ein Mann 3—4 Jahre Präsenzzeit braucht, um in den technischen Waffen geübt zu werden. Mit der Reducirung von 10 Mann ist dies vollkommen bewahrt. Durch diese Reducirung ist also die Armee nach meiner Ansicht nicht im Mindesten angegriffen worden; das aber hat man durch dieselben erreicht, daß man Ersparungen erzielte, die gemacht werden mußten, um diese  $3\frac{1}{2}$  Millionen hereinzubringen.

Was die übrigen Vorwürfe anbelangt, daß die Armee bis jetzt schon Milliarden gekostet hat, so will ich nur Folgendes anführen.

Was ist die Armee? Die Armee ist ein Werkzeug in den Händen der Diplomaten, sie ist das Schwert, das Messer, mit welchem operirt wird.

Daß die Armee aufgestellt wird, dafür kann sie nichts, sie folgt, weil ihr befohlen wird. Ihr allein diese Milliarden zur Last zu legen, dagegen muß ich mich daher in der That feierlichst erklären.

Was die Vergleichung der Budgets, nämlich jenes vom Jahre 1847 mit dem gegenwärtigen anbelangt, so bitte ich nur Eines zu berücksichtigen. Das Budget vom Jahre 1847 betrug 45 Millionen; ich bitte nun den Agiozuschlag hinzuzunehmen, so macht dies 65 Mill.; wird diese Summe aus der Conventionsmünze in die neue Währung convertirt, so macht dies 68 Millionen; ich bitte ferner den gegenwärtigen Stand der Preise zu berücksichtigen, der nahezu um das Dreifache gestiegen ist, und Sie werden nicht auf 65, sondern auf 75 Mill.

kommen. Ferner muß berücksichtigt werden, daß die Armee in Ungarn nichts gekostet hat; die Verpflegung, die Bequartierung hat das Avar nichts gekostet, sondern sie wurde vom Lande selbst geleistet.

Es ist ferner zu berücksichtigen, daß alle übrigen Prästationen, die Durchzugs- und Vorspanngebühren sich erhöht haben, und daß die Infanterie-Regimenter von 62 auf 80 und die Cavalerie gleichfalls vermehrt wurden. Es ist also klar, daß man auf diese Weise nicht auf 65 oder 75 Millionen kommen würde, also auf ein Budget, gegenüber dem das gegenwärtige doch noch geringer ist. Dann bitte ich die Herren, die Zahl der Pensionirten zu berücksichtigen; wir haben 11 Millionen für Pensionirte, für Witwen, Waisen und Patental-Invaliden zu zahlen, das ist mehr als  $\frac{1}{10}$  des ganzen Budgets. Wenn man diese Summe in Abstrich nimmt — wie es in den übrigen Staaten auch geschieht — so wird man sehen, daß das österreichische Budget das geringste der Budgets aller Staaten Europa's ist, mit welchem man trotzdem im Stande ist, eine respectable Armee zu erhalten, welche gut geführt, so unter Führung Sr. kais. Hoheit des Erzherzogs Albrecht, gewiß im Stande sein wird, den etwaigen Eventualitäten mit der Aussicht auf Erfolg entgegenzusehen. (Bravo, Bravo.)

Wenn es die Herren nicht ermüden würde, so würde der Herr Generalkriegscommissär Punkt für Punkt dasjenige durchgehen, was der Herr Delegirte Dr. v. Figuly vorgebracht hat, um zu beweisen, daß diese Daten wohl in einer Beziehung richtig sein mögen, daß sie aber doch vielleicht nicht auf ganz richtigen Basen beruhen. Ich glaube jedoch, daß dies für heute zu weit führen würde, da die Zeit vorgerückt ist. (Rufe: Schluß der Sitzung.)

Der Antrag des Delegirten Dr. van der Straß auf Schluß der Sitzung wird angenommen; Die nächste Sitzung ist morgen (Samstag) 11 Uhr.

## 7. Sitzung der Delegation des Reichsrathes

am 29. Februar.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Reichsfinanzminister Freiherr v. Becke, Reichskriegsminister Freiherr v. Ruhn, Viceadmiral Fautz, Marinegeneralintendant v. Eitelberger, Generalkriegscommissär v. Früh, Oberst Baron Türkheim.

Vizepräsident v. Kaiserfeld eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 40 Min.

Das Haus geht sofort nach Verlesung des Protokolls zur Tagesordnung, der Verathung des Kriegsbudgets, über.

Im Beginn der Sitzung ergriff zunächst der General-Kriegscommissär Früh das Wort, um die Ansicht Dr. Figuly's zu entkräften, welcher das Budget pro 1868 zu hoch beziffert findet; die Regierung anerkennt die Richtigkeit der von Dr. Figuly herangezogenen Ziffern, allein gegen die daraus gefolgerten Calculs müsse sie sich verwahren. Uebrigens sieht sich der Redner genöthigt, zuzugestehen, daß das bestehende System der Administration und der Rechnungslegung die Kostspieligkeit verschulde; andererseits meint er bezüglich Preußens, dessen Armeeverwaltung allerdings von merkwürdiger Einfachheit ist, daß eine detaillirte Rechnungslegung, wie sie von den österreichischen Vertretungskörpern verlangt werde, dort nicht möglich wäre. Die 600.000 Thaler Kriegsentwidung, welche von Sachsen beansprucht werden, betreffend, macht der Redner darauf aufmerksam, daß diese Gelder nicht in die Kriegscasse, sondern in die Finanzcasse abgeführt werden. Dann beruft sich der General-Kriegscommissär auf die Ausführungen des Abg. Skene, um die Unmöglichkeit weiterer Absätze zu beweisen. Das Object, wo überhaupt erspart werden könne, sei ein viel zu kleines, da der größte Theil der Ausgaben aus fixirten Beträgen (Wagen u. s. w.) bestehe.

Der Berichterstatter Dr. Demel, dessen Ausführungen die Berechnungen zu Grunde liegen, welche der ehemalige Berichterstatter über das Kriegsbudget, nunmehrige Minister des Innern Dr. Giskra, seinerzeit mit vielem gründlichen Fleiße angestellt, hat sich, man erkennt dies auf den ersten Blick, die Resultate der Giskra'schen Forschungen zu eigen gemacht und er hat sie, wie man sagt, im kleinen Finger; aber er vermag sie nicht so zu verwerthen wie Dr. Giskra. Sein etwas trockener Vortrag ist mit Ziffern mehr als zuträglich überladen. Der Gedankengang seiner Rede war folgender: Es waren allerdings Ersparungen im Ganzen von etwa 13 Millionen möglich, jedoch nur unter der Voraussetzung eingehender Reformen. Demnach hätten diese Ersparungen für das heurige Budget nur erst angebaut werden können und die effective Ersparnis für das Budget 1868 wäre eine kaum nennenswerthe gewesen.

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten. Für den Antrag Rechbauer stimmen nur 7 Mitglieder. Die (bereits bekannten) Ausschufsanträge wurden sammt und sonders mit großer Majorität angenommen.

Zu dem Antrage des Ausschusses, die Delegation wolle das Virement zwischen sämtlichen Posten des Voranschlags gestatten mit der einzigen Ausnahme, daß etwaige Ersparungen bei der Naturalverpflegung für andere Titel nicht verändert werden dürfen — ergreift der Reichskriegsminister das Wort. Er spricht sich gegen die Virements bezüglich der Naturalverpflegung

aus, weil er der Ueberzeugung ist, daß in dieser Beziehung ein Nachtragscredit unumgänglich nothwendig sein werde, der ihm nach geschehener Rechnungslegung gewiß bewilligt werden würde. — Auch dieser Ausschufsantrag wird angenommen.

Der Gepflogenheit bei früheren Budgetberathungen folgend, sind in dem Berichte auch einige Resolutionen beantragt, über welche Fürst Colloredo die Generaldebatte eröffnet wissen will. Auch meint er, bei dem Umstande, als es sich da um militärische Sachangelegenheiten handle, dürfe man nicht zu sehr specialisiren.

Schindler wendet dagegen ein, die Erfahrung zeige, daß es Armeen gebe, in denen man am Commisbrot kargte, um an den Epauletten zuzufegen; seiner Ansicht nach wäre noch zu wenig in's Einzelne eingegangen worden. — Die erste Hauptresolution, welche „eine den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechende Reorganisation des Landheeres und seiner Verwaltung noch vor Einbringung des nächsten Budgets als unabwiesbare Nothwendigkeit erklärt“, wird einstimmig angenommen; ebenso die Unter-Resolution, welche einen Minimalstatus für Generale und Stabsofficiere verlangt.

Die zweite Resolution lautet: Die ökonomische Verwaltung der Armee sei in die Hände von Nichtmilitärs zu legen.

Hiezu bemerkt Fürst Colloredo, daß er diesen Antrag in seiner Fassung nicht verstehe und über denselben sich der Abstimmung enthalten müsse. Nach einer kleinen Pause erhebt sich der Reichskriegsminister, um diese Resolution zu bekämpfen. Dieser Resolution wohne der Wunsch inne, die Militärverwaltung wieder zu bürokratisiren, wie zur Zeit des seligen Hofkriegsrathes, mit dem man doch in den Napoleonischen Kriegen genug traurige Erfahrungen gemacht habe. Aber es zeigt sich eine derartige Neigung, von einem Extreme auf's andere zu kommen, auf allen Gebieten menschlicher Thätigkeit. In der Philosophie zwischen dem Idealismus und dem trassen Materialismus, in der Politik zwischen Gefühls- und der egoistischen sogenannten Interessenpolitik. Seit der korsische Löwe niedergeworfen war, gefiel man sich überall in der Unbeweglichkeit. Die „Leute vom Jahre 1848“ verfielen in das Gegentheil, in ein gewisses „Herumwogen.“ Das Beste wollten alle. Nun will man wieder gar zum sehr kostspieligen (der Minister führt Ziffern an) Hofkriegsrath zurückgreifen, wobei man gewiß vom Regen in die Traufe geriethe.

Drei Redner, Skene, Schindler und Rechbauer, weisen die Znmuthung, mit dem Hofkriegsrath zu sympathisiren, von sich. Rechbauer führt übrigens ziffermäßig aus, daß selbst der Hofkriegsrath billiger war, als jetzt das Kriegsministerium. (Die Resolution wird angenommen.)

Sehr animirt gestaltete sich die Debatte über die Resolution, betreffend die Uebergabe der Gestütsverwaltung an die Landes-Resortministerien. Der Centralist Skene wollte diese Maßregel schon 1869 durchgeführt wissen, während sich Graf Wenzelsdorff gegen die Resolution überhaupt aussprach, weil „unsere volkswirtschaftlichen Zustände noch nicht auf der Höhe sind, daß wir hinreichend Hengste erzeugen.“ Baron Hock und Fürst Schwarzenberg sprechen im Interesse des kleinen Grundbesitzes für Beibehaltung der Beschäftigungsinstitute, deren Kostspieligkeit Rechbauer ziffermäßig nachweist. Trotz dieser Versicherungen und den Versicherungen des Kriegsministers, daß die österr. Pferdezahl dem Beschäftigungssystem viel verdanke, erlangt auch diese Resolution die Majorität.

Resolution 4, 5, 6 und 7 (Reform der Kriegscommissariate, Anbahnung der Abschaffung der Monturscommissionen, Auflassung der unteren Militär-Bildungsanstalten und Umgestaltung des Institutes der Privatdiener), wurde ohne wesentliche Debatten angenommen.

Hierauf begründet Dr. Rechbauer drei Resolutionen, deren erste die Unterstellung des Militärs unter die Civilgerichte, soweit es bürgerliche Rechtsangelegenheiten und nicht rein militärische Strafsachen betrifft (eventuell bloß für bürgerliche Rechtsangelegenheiten) verlangt; die zweite bezweckt die Garnisonirung der Truppen in ihren Werbebezirken und die dritte die Aufhebung der Josephs-Akademie.

Nach längeren Reden und Gegenreden wird die erste Rechbauer'sche Resolution verworfen, jedoch der eventuelle Antrag angenommen.

Die zweite Resolution findet trotz der warmen Fürsprache des Delegirten Dr. Ziemialkowski nicht die Majorität. Der Kriegsminister versicherte, daß ohnehin schon alles geschehen, was möglich ist. Die Truppen würden, so weit thunlich, in ihren Werbebezirken belassen. Doch gehe es nicht überall. Und was das Verwildern anbelange, so müsse er sagen, daß die österreichische Armee vielmehr eine Bildungsschule, namentlich für Jene, deren „Verwildern“ man behauptete, sei und als solche auch allgemein anerkannt werde. — Dr. Ziemialkowski erklärte, mißverstanden worden zu sein. Auch die gegen das Josephinum gerichtete Resolution wurde abgelehnt, dagegen der Ausschufsantrag (Anlegung eines Material-Inventars und eines Inventars über die Militärbauwerke) angenommen. — Die nächste Sitzung Dienstag.



## Oesterreich.

**Wien, 29. Februar.** (Dementi.) Ein Wiener Journal theilte leztthin mit, daß vor kurzem an der Grenze bei Salzburg eine Anzahl Geschützrohre, welche von Preußen nach Belgrad auf dem Wege waren, von der österreichischen Regierung mit Beschlag belegt worden seien. Wie die „Debatte“ mitgetheilt wird, ist diese Nachricht nur zum Theile richtig, insofern nämlich allerdings eine Geschützsendung aus Preußen via Salzburg nach Bukarest dirigirt wurde, dahin aber auch unbeanstandet durch österreichisches Gebiet weiter befördert wurde und in diesem Augenblick vermuthlich auch schon an Ort und Stelle angelangt sein dürfte. Von Seiten der rumänischen Regierung wurde von dem Ansinnen dieser Geschütze rechtzeitig hierher Anzeige gemacht und das Ansuchen um die Erlaubniß zur Durchfuhr gestellt. Es stand dem Ansuchen keinerlei gesetzliche Bestimmung im Wege, auf welche gestützt die Durchfuhr verweigert oder gar die Sendung an der Grenze hätte faßirt werden können. Wie die „Debatte“ weiter vernimmt, hat die österreichische Regierung die eben auf ihr richtiges Maß zurückgeführte Thatsache auch seinerzeit den europäischen Cabinetten notificirt, um jeder möglichen Mißdeutung von vorneherein vorzubeugen.

## Rusland.

**Berlin, 29. Februar.** (In der Thronrede anläßlich des Landtagschlusses) sprach der König die Genugthuung über die Lösung der zahlreichen wichtigen Aufgaben aus, welche dem Landtage vorgelegen waren, und dankte sodann für die Bereitwilligkeit, mit welcher die erhöhte Prondotation bewilligt wurde. Durch den Staatshaushaltetat und die anderen Finanzgesetze sind die Mittel gewährt, um die Verwaltung ersprießlich fortzuführen und die außerordentlichen Bedürfnisse, sowie die berechtigten Wünsche der neuen Landestheile zu befriedigen. Die Regierung wird diese Mittel mit Umsicht und Sparsamkeit verwenden. Die zur Besserung des Nothstandes in Ostpreußen getroffenen Anordnungen werden gemeinsam mit den Ergebnissen der öffentlichen Wohltätigkeit und unter der Fürsorge der Behörden genügen, um die nächsten Gefahren abzuwenden. Die weiteren Maßregeln werden beitragen, jene Landestheile mit dem Gesamtverkehr zu verbinden und dadurch einer hoffnungsvollen Entwicklung entgegen zu führen. Betreffs der erstrebten Fortbildung der Verwaltungseinrichtungen konnten in dieser Sitzungsperiode nur vorläufige Erörterungen innerhalb des Landtages stattfinden; die hiebei geäußerten Auffassungen und Wünsche werden bei den schwebenden legislatorischen Vorarbeiten eine eingehende Beachtung finden. Durch Bewilligung des hannoverschen Provinzialfonds wurden nicht bloß Billigkeit und Wohlwollen gegen die neuen Provinzen bethätigt, sondern zugleich thatsächlich der Boden betreten, auf welchem nach der Absicht der Regierung auch für alle anderen Provinzen eine erfolg-

reiche Selbstverwaltung erwachsen soll. Der König sprach seine Befriedigung aus, daß die Landesvertretung den Ausgleichsverträgen mit den früheren Landesherren von Nassau und Hannover beigetreten; den neuen Verhältnissen werde hiedurch eine feste Grundlage gegeben und ihre friedliche ruhige Entwicklung gesichert. Die Thronrede schließt: Die Regierung war in den auswärtigen Beziehungen unausgesetzt bestrebt, ihren Einfluß für die Erhaltung und Befestigung des Friedens zu verwerthen. Ich kann mit Genugthuung bekunden, daß diese Bestrebungen, welche von den auswärtigen Regierungen in freundschaftlicher und wohlwollender Gesinnung getheilt werden, die Bürgschaft des Erfolges in sich tragen: Ich darf daher mit Zuversicht aussprechen, daß das fester begründete allgemeine Vertrauen für die Entwicklung der geistigen und materiellen Güter und des nationalen Wohlstandes die erwünschten Früchte tragen werde.

**Florenz, 29. Februar.** (Briefe aus Rom) melden, daß die italienischen Generale, welche die an der päpstlichen Grenze gelegenen Militärbezirke commandiren, die Wiederherstellung der 1867 zwischen den italienischen und päpstlichen Militärbehörden abgeschlossenen officiösen Convention wegen rascherer Unterdrückung des Brigantenthums verlangen. Diese Convention gestattete den Detachements das gegenseitige Gebiet bis zu einer bestimmten Grenze und unter gewissen Reserven zu berühren, um die Briganten zu erwarten. Die päpstlichen Behörden scheinen wenig geneigt zu sein, auf dieses Verlangen einzugehen. Die Legion von Antibes und das Jägerfremdenbataillon sollen jedes unverweilt in ein Regiment von zwei Bataillonen umgestaltet werden. Die Legion verliert ihren ursprünglichen Charakter, ein Zehntel ihres dormaligen Effectivstandes ist nicht mehr französisch. Die von Ungarn angetragenen Freiwilligen werden nicht als nationales Corps angenommen, sondern in die Armees vertheilt.

— 29. Februar. (Der Bericht der Kammercommission über die Wahlsteuer) wurde veröffentlicht. Der Entwurf der Commission enthält 30 Artikel. Die Wahlsteuer besteht in 2 Frcs. pr. Centner von den Mahlerzeugnissen aus Weizen oder Reis und 1 Franc per Centner von jenen aller andern Getreidegattungen, von trockenen Gemüsen und Kastanien. Für dieselben Erzeugnisse, wenn sie aus dem Auslande eingeführt werden, sind die obgenannten Steuern nebst dem Einfuhrzoll zu entrichten. Beim Export derselben ins Ausland wird die Steuer mit einem Abzuge von 10 pCt. rückvergütet. Artikel 28 lautet: Das vorstehende Gesetz tritt mit 1. Januar 1869 in Wirksamkeit. Mit demselben Tage finden die Bestimmungen des Artikels 5 des Decretes vom Juni 1866 auch ihre Anwendung auf die aus öffentlichen Schuldtiteln hervorgegangenen Renten; desgleichen wird die Steuer auf bewegliches Vermögen mittelst Abzuges bei der im In- und Auslande erfolgenden Auszahlung der Interessen herein gebracht.

**Paris, 29. Februar.** (Beruhigendes.) Die „Patrie“ sagt entgegen dem in Berlin verbreiteten Gerüchte: Wir glauben positiv zu wissen, daß Prinz Napoleon keinerlei Mission habe. Er wird mehrere Tage aus verwandtschaftlichen Rücksichten für die königliche Familie in Stuttgart zubringen. — Die Einberufung der Urlober bei der kaiserlichen Garde für den nächsten 31. März ist keineswegs das Ergebnis von Ausnahmeverhältnissen, sondern ein Reglement, dessen Ausführung jährlich stattfindet. — Die „Patrie“ sagt aus Anlaß der Donaustreitthümerangelegenheiten, daß die dortige Sachlage sich in einem beruhigenden Stadium befinde. Alles gestatte zu hoffen, daß die Regierungen, deren Haltung die Reclamationen der Mächte hervorgerufen hat, sich bemühen werden, die begangenen Fehler wieder gut zu machen.

**Bukarest, 28. Februar.** (Zustände der Justiz.) Seit ungefähr zwei Jahren haben drei Justizminister vergeblich dem Cassationshofe Vorstellungen gemacht betreffend den Mißbrauch seiner Amtsgewalt und die Unregelmäßigkeit seines Rechtsverfahrens. Von einem Mitgliede der Deputirtenkammer in Bezug auf diesen Gerichtshof interpellirt, erklärte der Justizminister, daß er seit seinem Eintritte ins Ministerium selbst identische Vorstellungen mit jenen seiner Vorgänger machen mußte und daß der oberste Gerichtshof hierauf mit der Erklärung geantwortet hatte, daß er nur Gott und seinem Gewissen verantwortlich sei. Der Justizminister fügte hinzu, daß er der Kammer einen Gesekentwurf vorlegen werde, welcher zwar nicht die Schmälerung der Institution, wohl aber eine Modification ihres Organismus zum Gegenstande haben werde. Diese Erklärung wurde von der Versammlung und den Galerien mit Beifall aufgenommen und die Dringlichkeit der Behandlung des gedachten Gesekentwurfes wurde von zwei Dritteln der Deputirten votirt. Am Tage nach dieser Abstimmung wurde der Minister im Senate über diesen Gegenstand interpellirt. Am dritten Tage antwortete der Minister, daß er, nachdem er den bezüglichen Gesekentwurf in der Kammer eingebracht habe, es nicht mehr für entsprechend halte, die Debatte für den Tag vorzubehalten, wo dieser Gesekentwurf der Berathung des Senates unterbreitet würde, um jeden Conflict zu vermeiden, der zwischen den beiden gesetzgebenden Körpern entstehen könnte. Der Senat, dieser Erwägung keine Rechnung tragend, beharrte auf der unverweilt Interpellation. Nach einer dreitägigen Debatte machten die Mitglieder der Opposition die Handlungsweise des Ministeriums zum Gegenstande eines wahrhaften gerichtlichen Einschreitens, indem sie demselben die Auflösung der früheren Versammlung vorwarfen und daselbe anklagten, das Land seinem Untergange zuzuführen. Hierauf ging man zur Abstimmung über einen Antrag bezweckend, die in der Kammer vom Justizminister über den Gesekentwurf und einige Mitglieder des Cassationshofes gegebenen Aufklärungen zu tadeln. Dieser Antrag wurde mit 35 gegen 22 Stimmen angenommen; zwei

## Seuiffelon.

### Struensee,

Tragödie in 5 Acten von H. Paube.

Wir besitzen heuer ein Schauspielersonale, welches uns bereits schöne Beweise seiner Befähigung geliefert hat. Wir dürfen nur an „Egmont“, „Hamlet“ oder den „Statthalter von Bengalen“ erinnern, und so konnte man auch bei der Ankündigung obigen Stückes voraussetzen, daß das Publicum eine vom Schauspielersonale sich gestellte so bedeutende Aufgabe seiner Aufmerksamkeit würdigen werde. Das Haus konnte aber gestern leicht ausgefüllt werden. Verdient das Stück dieses Schicksal? Diese Frage wird mancher für überflüssig halten. Ist ja doch der Stoff des Drama's zu interessant, zu sehr mit allen Strebungen der Zeit verknüpft, als daß er nicht die Aufmerksamkeit jedes Gebildeten verdienen sollte. Werfen wir einen geschichtlichen Rückblick auf das Stück. Es ist hiebei nicht ohne Interesse, daß vor Paube schon (1828) ein früh verstorbener Dramendichter, Michael Beer, den Stoff zu einem Trauerspiel verarbeitet, das in diplomatischen Kreisen großen Anstoß erregte. Man drang in den König (Ludwig I., dessen Tod wir jüngst meldeten), das Stück nicht zuzulassen; aber der hochherzige Sinn des Monarchen siegte über die kleinlichen Bedenklichkeiten, und am 27. März 1828 ging das Stück auf dem Münchener Nationaltheater mit großem Beifall in Scene. Paube hatte also einen Vorgänger, der dichterischen Geist mit Bühnenroutine und Gedankenreichtum verband. Daß der Stoff zur wiederholten Behandlung reizte, ist auch natürlich. König Christian VII., ein Mann von ursprünglich edlen Anlagen, aber durch frühzeitige Ausschweifungen entnervt, zeigte bald nach seiner Thronbesteigung (1766) Spuren von Geistesverwirrung. Sein Leibarzt Struensee, den er von einer Reise nach Deutschland mitgebracht, gewann bald das Vertrauen des Königs, der ihn zum Grafen und Cabinetsminister erhob. Das 18. Jahrhundert war das des aufgeklärten Despotismus, und Struensee war das echte Kind seines Jahrhunderts. Er wollte der Reformator Dänemarks werden, in dessen Staate damals noch

immer manches faul war, wie zu Prinz Hamlets Zeiten. Und er konnte bald mit Hamlet sagen: „Die Zeit ist aus den Fugen, weh mir, daß ich geboren ward, sie einzurichten“. Das stürmische Vorgehen des neuen bürgerlichen Ministers verlegte die Aristokratie in ihren „Interessen“ seine Härte beleidigte das Militär, und das Volk war noch nicht reif für die großen Ideen Struensee's, es haßte die neuen Institutionen, um so mehr, als sie von einem Ausländer geboten wurden. Des Königs Stiefmutter, Juliane Marie von Braunschweig, und sein Stiefbruder Erbprinz Friedrich benutzten den Haß gegen den Emporkömmling, um Anhänger zu werben und ihn durch eine Palastrevolution zu stürzen. Der Hebel zum Sturze des Ministers sollte das Liebesverhältnis desselben zur Königin (Karoline Mathilde von England) werden. Am 17. Jänner 1772 kam die Palastintrigue zum Ausbruch, Struensee wurde verhaftet, die Königin nach der Festung Kronborg gebracht und gegen beide eine Untersuchung wegen Ehebruchs eingeleitet, welche mit der Hinrichtung Struensee's und der Verbannung der Königin nach Celle endete, wo sie (1775) kaum 23jährig, starb, noch in ihrem letzten Briefe an ihren Bruder ihre Unschuld betheuernd.

Historisch ist die Schlussscene in Paube's Stück, in welcher der Königin das Geständniß ihres ehebrecherischen Umganges unter der Vorpiegelung abgedrungen wird, daß Struensee's Leben hiedurch gerettet werde. Dieses Ganze ist sicher eine so vollkommene Tragödie, als das Menschenleben sie je dem Genie des Dichters dargeboten. Ist es nicht wahrhaft tragisch, daß der Einzelne, dessen Ideenflug dem Jahrhundert vorangeht, fällt, weil ihn das Volk, dessen Bestes er uneigennützig will, nicht versteht, weil eine hochmüthige Aristokratie gegen ihn intrigirt und ein brutaler Soldat sich zum willfährigen Werkzeug beider hergibt? Das reine Wollen geht unter im Kampfe mit dem alten Kastenwesen, welches um seine „Interessen“ und seine „Stellung“ kämpft, der Freund des Volkes fällt durch das Volk selbst. Wie hat aber Paube diesen Stoff behandelt? Meister in der Bühnentechnik, hat er den großen tragischen Stoff mit Kunst in den Rahmen einer „Hofgeschichte“ gezwängt, er gibt uns statt eines großen Historienbildes eine Reihe sorgfältig gearbeiteter Genrebilder aus dem Leben eines bürgerlichen Emporkömmlings.

Zimmer bleibt er geistvoll, grazios, bisweilen erwärmt er durch die poetische Sprache und den Ton der Leidenschaft oder vielmehr des Temperaments, aber zur Höhe der Tragödie vermag er sich nicht emporzuschwingen. Es ist ein historisches Lustspiel mit tragischem Ausgang. Schon daraus folgt, daß die Titelrolle die einzige ist, welche dem Darsteller ein dankbares Object bietet, und wir sind Herrn Krasf die Anerkennung schuldig, daß er die politischen Momente treffend hervorhob, daß er insbesondere die Verzweiflung des Idealisten, der sein Werk scheitern sieht, mit einer Lebenswahrheit und einem Schwung der Diction anspragte, die ihm den lebhaften Beifall des sonst sehr kalten Publicums erwarben. Die Königin (Fräulein Arthur) spielt eine zu passive, schwankende Rolle, sie ist bald zu sehr Königin, bald zu sehr Liebhaberin, und nur die edle That am Schluß vermag ihr unsere Theilnahme zu erwecken. Fräulein Arthur zeigte auch in dieser Rolle ihr Verstandniß und jene wohlthuende Innigkeit, von welcher ihr Spiel stets getragen wird. Fräulein Schaffer als Gräfin Mathilde v. Gallen fehlte das leidenschaftliche Wesen einer Eboli zu sehr, als daß sie unsere Theilnahme hätte erwecken können. Den schwachen träumerischen, bald ganz apathischen, bald wieder plötzlich den Herrscher hervorstechenden König gab Herr Krossel mit dem gewohnten Verstandniß, nur gab er bisweilen zu sehr den Einflüsterungen — des Souffleurs Gehör. Dies wirkte auch bisweilen störend bei Herrn Koriß (Oberst v. Köller), der seine Rolle sonst gut ausfüllte. Herr Art als Staatsrath Guldberg zeigte sich als recht verwendbarer routinirten Schauspielers, dessen Fleiß und Genauigkeit stets anzuerkennen sind. Herr Buresch als Prediger genügt. Wir wünschten sehr, unser braves Schauspielersonale bald wieder, etwa in einem dem allgemeinen Verstandniß näher liegenden Stücke beschäftigt zu sehen, können aber auch nicht umhin, unserem Befremden über die Theilnahmlosigkeit des Publicums gegenüber einem so lobenswerthen Streben Ausdruck zu geben. Der Künstler bedarf der Anerkennung, der Zeichen von Theilnahme und Sympathie; vor leeren Häusern erkalte der glühendste Eifer, während ein denkender Künstler und ein verständnisvolles Publicum sich gegenseitig erwärmen und entzünden!



enthielten sich der Abstimmung. Das Ministerium glaubte hierauf sich zurückziehen zu sollen, um hierüber zu deliberiren. Tags darauf theilte der Cabinetspräsident dem Vorfalle der Kammer mit, welche unverweilt eine Motion formulirte, durch welche sie die Haltung des Justizministers billigen und dem gegenwärtigen Cabinette ihrer Unterstützung durch ein Vertrauensvotum geben würde. Dieser Antrag wurde mit 84 gegen 32 Stimmen angenommen; die Minister nahmen an der Abstimmung nicht Theil. In Folge dieses Votums und in Anbetracht der Dringlichkeit der zahlreichen Gesetzentwürfe, womit die Kammer beschäftigt ist, hat das Ministerium nicht geglaubt, den Senat auflösen zu sollen.

**Athen, 22. Februar.** (Evanterpost.) Das kretische Centralcomité richtete an die hiesigen Gesandten der Schutzmächte die Bitte, zu erwirken, daß Sammlungen für die Flüchtlinge in den europäischen Großstädten veranstaltet werden. Der russische und französische Gesandte versprachen die Uebersendung der Bitte an ihre Regierungen; der englische Gesandte erklärte, seine Regierung könne nicht interveniren. Auf der Pyräus-Eisenbahn werden in den nächsten Tagen die Schienen gelegt. Die Nachricht, daß für die griechische Armee 10.000 Chassepot-Gewehre bestellt wurden, wird demontirt.

## Tagesneuigkeiten.

— (Kaiserpreise.) Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin haben dem unter allerhöchstem Protectorate stehenden landwirthschaftlichen Bezirksvereine für die von demselben Anfangs September d. J. in Peking zu veranstaltende land- und forstwirtschaftliche Ausstellung einen Beitrag von hundert Ducaten in Gold zur angemessenen Vertheilung in mehreren Kaiserpreisen nach der Disposition des Vereines allergnädigst zu bewilligen geruht.

— (Allerböchste Spende.) Se. Majestät der Kaiser haben zum Ausbau des katholischen Mädchenpensionates in Olomouc (Böhmen) 1000 fl. allergnädigst zu bewilligen geruht.

— (Ehrenbürgerrecht.) Der Gemeinderath der Stadt Troppau hat dem Reichskanzler Baron v. Beust einstimmig das Ehrenbürgerrecht der Stadt verliehen.

— (Militär-Revue.) Freitag Nachmittags rückten sämmtliche Truppen der Pest-Division Garnison zu einer Revue auf der Generalwiese in drei Treffen unter dem Commando des Feldmarschall-Lieutenants v. Jaksch aus. Kronprinz Rudolph, in Begleitung des Obersten v. Latour, erschien um 2 1/2 Uhr in einem offenen zwispännigen Hofwagen auf dem Paradeplatze und wurde mit militärischen Ehren empfangen. Schlag 2 Uhr kam Se. Majestät der Kaiser in Feldmarschalls-Campagne-Uniform mit zahlreicher Suite an; die Truppen präsentirten, und Se. Majestät ritt die Fronten der drei Treffen ab, während der Kronprinz zu Wagen folgte. Nach stattgehabter Revue nahmen die Truppen Aufstellung zur Defilirung vor Se. Majestät, welche bei der Infanterie in geöffneten Halbdivisions-Colonnen, bei der Artillerie in halben Batterien erfolgte. Die Frie des Defiles bildete die königlich ungarische Kronwache. Se. Majestät und Kronprinz Rudolph wurden sowohl bei der Ankunft auf dem Paradeplatze, als bei der Rückkehr nach der Burg von dem in ungeheuren Massen herbeigeströmten Publicum mit Zurufen begrüßt. Der Kronprinz trug einen runden ungarischen Hut mit Feder. Ein überaus herrliches Frühlingswetter begünstigte die militärische Parade.

## Locales.

Laibach, 28. Februar.

Seine k. apostolische Majestät haben mit allerhöchster Entschliebung vom 17. Februar l. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß alle im Kriegsdienste weiland Seiner Majestät des Kaisers Maximilian gestandenen Angehörigen des österreichischen Freiwilligen-Corps, welche an dem mexicanischen Feldzuge Theil genommen haben, die zur Erinnerung an jene Expedition von Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen gestiftete Gedenkmedaille annehmen und tragen dürfen.

Die Betheiligten, welche sich als Private oder im Civile Angestellte im Kronlande aufhalten, werden dem-

nach aufgefordert ihre diesfälligen Ansprüche bis längstens Ende Mai d. J. bei dem ihrem Domicile zunächst gelegenen Ergänzungs-Bezirks-Commando durch Vorweisung ihrer mexicanischen Entlassungs-Documente oder sonst auf eine gegründete Art nachzuweisen.

— Nach dem Ergebnisse der am 8. d. M. abgeschlossenen technisch-militärischen Revision der von der Südbahn-Gesellschaft für die Linie St. Peter-Junee beantragten Trasse unterliegt deren Verbeibaltung in der Strecke von St. Peter bis Jurdani keinem Anstande. In Folge dessen wurden, wie das „Centralblatt“ meldet, die Landesbehörden in Laibach und Triest vom Handels-Ministerium mit der sofortigen Einleitung der politischen Begleitung dieser Strecke beauftragt und die Südbahn-Gesellschaft aufgefordert, die zur unverweilten Inangriffnahme der Bauarbeiten erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, indem die beiden Landesbehörden ermächtigt wurden, der Gesellschaft den Bauconsens Namens des Ministeriums zu erteilen.

— (Laibacher Lagerbier) macht bereits, wie wir mit Befriedigung constatiren, die Runde durch die Welt, wenigstens durch die slavische Welt. Es wird in der „Agrarzeitung“ angekündigt. Nun wird zwar nicht angegeben, ob Koslerisches — wir möchten aber wohl für diese Vermuthung stimmen. Das Koslerische Lagerbier wird wenigstens als ein echtes, gut trinkbares Bier gerühmt, welches noch eine große Zukunft habe.

— (Für Theaterfreunde.) Heute Nachmittags 1/4 4 Uhr findet im Balconsaale des Casino's die Versammlung behufs Verathung der aus Anlaß der Concursaus-schreibung für die nächste Saison zu treffenden Maßnahmen statt.

— (Klagenfurter Pionniere.) Herr Fiedler, Besitzer einer großen Maschinenfabrik, Eisen- und Metallgießerei in Klagenfurt, hat im Namen seiner zahlreichen Arbeiter an den volkwirtschaftlichen Verein in Wien ein Schreiben gerichtet, in welchem es unter anderem heißt: „Der gütigende Inhalt Ihres Flugblattes (enthaltend den Vortrag des Dr. Ehrenfeld über seinen Besuch bei den Pionniere von Hochdole) hat meine Arbeiter veranlaßt, in einer heute (24ten Februar) abgehaltenen Versammlung den Beschluß zu fassen, einen Verein nach Art jenes der Hochdoler Pionniere zu gründen.“

## Öffentlicher Dank.

Auf die Bitte der Direction des Elisabeth-Kinder-spitals an die krainische Sparcasse um einen Unterstützungsbeitrag für den Ausbau des Spitalgebäudes, wurden in der Sitzung der Vereinsmitglieder benannter Sparcasse am 18. Februar d. J. zu diesem Zwecke 100 fl. d. W. gespendet, wofür hiemit der geziemende Dank ab-gestattet wird.

Die Direction des Elisabeth-Kinderospitals.

Dr. Kovatsch.

## Einladung

zur Monatsversammlung des historischen und des Musealvereins,

welche am nächsten Mittwoch, den 4. März, um fünf Uhr Nachmittags im Locale des historischen Vereins stattfindet.

## Tagesordnung:

1. Prof. Valentin Konsegg: Beiträge zur Phänologie des tiefen Unterfrains.
2. Custos Deschmann: a) Kleinere Mittheilungen naturwissenschaftlichen Inhalts, b) die Kreuzer Alpen nächst Stein.

Laibach, am 2. März 1868.

Von den Ausschüssen der beiden Vereine.

## Neueste Post.

Pest, 1. März. Se. Majestät der Kaiser wird morgen Audienzen erteilen und dürfte noch morgen Abends nach Wien zurückkehren. — Vöszörmenyi erklärt heute in seinem Blatte, daß er nicht eine Wiederaufnahme seines Prozesses, sondern eine ganz neue Verhandlung nachsucht; er hofft, daß die Geschworenen dann nach den Aufklärungen der Vertheidigung an ihrem ersten Urtheil nicht festhalten werden.

Lemberg, 1. März. Bei Przemyśl und Jaslo haben sich die Eistöße auf den Flüssen San und Ropa in Bewegung gesetzt, wodurch der San bei Przemyśl 7 1/2 Fuß hoch ist, und durch Zerstörungen den Verkehr zu gefährden droht.

Stuttgart, 1. März. Prinz Napoleon wird heute hier erwartet. Man legt seinem Hieherkommen eine besondere Bedeutung bei. Er soll sich von hier nach München und dann erst nach Berlin begeben.

Turin, 1. März. Die Prinzessin von Cisterna, Mutter der Herzogin von Aosta, ist heute Morgens gestorben.

Paris, 1. März. Die „Patrie“ und der „Eten-dard“ stellen die auswärtigen Correspondenzen über die Aufregung und Verhaftungen anlässlich des 24. Februars in Abrede.

Paris, 1. März. (Tr. Z.) Die „France“ meldet: Zwischen Moustier und Budberg fand gestern eine lange Unterredung statt. Budberg behauptet in Unterredungen mit politischen Persönlichkeiten die Aufrichtigkeit der Friedensgefühnungen und den festen Entschluß Rußlands, in den das Schicksal der orientalischen Christen betreffenden Fragen von anderen Cabinetten sich nicht abzuheben.

## Telegraphische Wechselcourse.

vom 2. März.

Spec. Metalliques 53.30. — Spec. Metalliques mit Mai- und November-Rufen 58.70. — Spec. National-Anlehen 65.90. — 1860er Staatsanlehen 83.20. — Bankactien 70.3. — Creditactien 188.80. — London 116.95. — Silber 114.75. — A. l. Ducaten 5.59 1/2.

## Handel und Volkswirtschaftliches.

**Hebung der Seidenzucht.** Das Ackerbauministerium hat sich im Anschlusse an die Vorschläge des Seidenbau-Congresses in Wien entschlossen, mehrere wichtige Maßregeln zur Hebung des Seidenbaues ins Leben zu rufen. Es soll in Görz auf dem Landgute des Herrn v. Claricini, Vorstand der dortigen k. k. Landwirthschaftsgesellschaft, eine Versuch- und Forschungsstation als Staatsanstalt errichtet werden. Ferner soll ein Preis von 5000 fl. für ein bewährtes Verfahren zur Bekämpfung der Seidenraupen-Krankheiten auf zwei Jahre ausgeschrieben werden. Endlich sollen die Seidenbauvereine Subventionen behufs der Anlage von Graines-Prüfungsanstalten, Anstellung von Wanderlehrern, Vertheilung von Maulbeerblättern und Seeglingen an Lehrer, zum Ankauf von Cocons n. s. w. erhalten und endlich soll eine Seidenbau-Fach-commission aus allen Ländern der Monarchie zur Unterstützung des Ackerbauministeriums alljährlich ein- bis zweimal nach Wien einberufen werden.

— Zwischen den Regierungen der Schweiz und Badens sind Unterhandlungen in Angelegenheit der längst projectirten Eisenbahnlinie Romanshorn-Constanz eröffnet worden. Diese Linie hat mit Rücksicht auf die in Tirol und Borsberg projectirten Bahnverbindungen auch für Oesterreich eine Bedeutung, insbesondere insofern bairischerseits die Verbindung zwischen Lindau und Friedrichshafen am Bodensee nicht gestattet wird.

## Angekommene Freunde.

Am 29. Februar.

**Stadt Wien.** Die Herren: Urban, k. k. Förster, von Idria. Deutsch und Lupini, Kaufst., von Wien. — Seitner, Forstmeister, von Nsling.  
**Elephant.** Die Herren: Engländer. — Bini, Kaufm., von Florenz. — Senger, Kaufm., von Agram.  
**Väterlicher Hof.** Herr Schwarzenberg, k. k. Bezirksgerichtes actuar, von Marburg.  
**Kaiser von Oesterreich.** Die Herren: Grillo, von Triest. — Jersel, von Krainburg.  
**Mohren.** Herr Laufenstein, Privatier, von Steiermark.

## Theater.

Heute Dienstag:

Zum Vortheile des Chorpersonals.

Die lustigen Weiber von Windsor.

Komische Oper in 3 Acten von Nicolai.

## Meteorologische Beobachtungen in Laibach

März	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Laibach (Höhe 1000 ft.)	Thermometerstand nach Reaumur	Wind	Niederschlag	Witterungs-Charakter	Witterungs-Charakter
1	6 U. Mg.	326.06	+ 2.5	SD. schwach	Regen		
2	2 „ N.	326.11	+ 2.5	SD. schwach	trübe	3.4	
10	Ab.	325.99	+ 1.9	SD. schwach	trübe	Regen	
Treibender Tag. Geschlossene Wolkendecke. Regen mit Schneeflocken, in den höheren Bergen Schneefall. Das Tagesmittel der Wärme um 1.4° über dem Normal.							

Verantwortlicher Redacteur: Johann v. Kleinmayr.

## Börsenbericht.

Wien, 29. Februar. Pariser Telegramme bewirkten ein allgemeines Ausgebot auf dem Effectenmarkte, während Devisen und Valuten theurer schlossen. Geld flüssig. Geschäft nicht unerheblich.

Öffentliche Schuld.		Geld Waare		Geld Waare		Geld Waare	
A. des Staates (für 100 fl.)		B. der Kronländer (für 100 fl.)		C. d. St.-L.-ven. u. z.-i. E. 200 fl.		D. d. St.-L.-ven. u. z.-i. E. 200 fl.	
In d. W. zu 5 pCt. für 100 fl.	54. — 54.25	Niederösterreich zu 5%	87.25 87.75	Gal. Karl-Lud. zu 200 fl. C.M.	170.25 170.50	Volksb. zu 40 fl. C.M.	25.75 26.25
In österr. Währung steuerfrei	81.5 81.85	Oberösterreich „ 5 „	87. — 87.50	Gal. Karl-Lud. zu 200 fl. C.M.	203.50 203.75	Clary „ 40 „	27.50 28.50
Steueranl. in d. W. v. J. 1864 zu 5 pCt. rückzahlbar	90.25 90.75	Salzburg „ 5 „	87.50 88.50	Böhm. Westbahn zu 200 fl.	148. — 148.25	St. Genois „ 40 „	24.25 24.75
Steueranlehen in d. W. v. J. 1864 zu 5 pCt. rückzahlbar	87.50 88. —	Böhmen „ 5 „	91.50 92. —	Deft. Don.-Dampfsch.-Ges. zu 200 fl.	487. — 489. —	Windischgrätz „ 20 „	17.50 18.50
Silber-Anlehen von 1864	72. — 73. —	Mähren „ 5 „	88.50 89. —	Deft. Don.-Dampfsch.-Ges. zu 200 fl.	196. — 198. —	Waldstein „ 20 „	21. — 22. —
Silberanl. 1865 (Fres.) rückzahlb. in 37 J. zu 5 pCt. für 100 fl.	79. — 80. —	Schlesien „ 5 „	87.50 88.50	Deft. Don.-Dampfsch.-Ges. zu 200 fl.	448. — 452. —	Regleibich „ 10 „	15. — 15.50
Nat.-Anl. mit Jan.-Coup. zu 5%	65.60 65.80	Steiermark „ 5 „	88.50 89.50	Pester Kettenbrücke „ 200 fl.	380. — 385. —	Rudolf-Stiftung 10 „	14.50 15.50
„ „ Apr.-Coup. „ 5 „	65.60 65.80	Ungarn „ 5 „	70. — 71. —	Anglo-Anstria-Bank zu 200 fl.	116. — 117. —		
Metalliques „ 5 „	58.20 58.45	Temer-Banat „ 5 „	70. — 70.50	Laibach-Ges. f. Eisen- u. Stahlw. zu 200 fl.	182.50 183. —		
„ „ „ „ „ 4 „	51. — 51.50	Croatien und Slavonien „ 5 „	70. — 71. —				
Mit Verlos. v. J. 1839	165. — 166. —	Galizien „ 5 „	65. — 65.75				
„ „ „ „ „ 1854	74.50 75. —	Siebenbürgen „ 5 „	65.75 66. —				
„ „ „ „ „ 1860 zu 500 fl.	82.25 82.35	Bukovina „ 5 „	65. — 65.50				
„ „ „ „ „ 1860 „ 100 „	89. — 90. —	Ung. m. d. B.-C. 1867 „ 5 „	68. — 68.25				
„ „ „ „ „ 1864 „ 100 „	81.50 82. —	Tem. B. m. d. B.-C. 1867 „ 5 „	87.25 87.50				
Somo-Rente in d. W. zu 42 L. ausl.	19.50 20. —						
Domainen Specie in Silber	104. — 105. —						